

## **Niederschrift-Nr. 22/2011**

über eine öffentliche Sitzung des **Bau-, Umwelt- und Energieausschusses** am Donnerstag, dem 25.08.2011, im Sitzungszimmer der Gemeindeverwaltung Harsum

**Beginn:** 17:30 Uhr (Orstermine)  
18:00 Uhr (Sitzung)

**Ende:** 20:10 Uhr

### **Anwesende:**

Ratsherr Roland Eckardt, AV  
Ratsherr Friedrich Steinmann, stellv. AV  
Ratsherr Konrad Brönneke  
Ratsherr Ulrich Gentemann  
Ratsherr Konrad Steinmann  
Ratsherr Josef Stuke i.V.f. Ratsherrn Christian Bumiller  
Ratsherr Norbert Peche

Herr Heinrich Meyer (Fachberater)  
Herr Dr. Wulf Kaeser (Fachberater)

### **Ferner:**

Ratsfrau Helga Aue  
Ratsfrau Sabine Gentemann  
Ratsfrau Ursula Kanne  
Ratsherr Jürgen Sander

### **Zuhörer:** 7

### **Von der Verwaltung:**

Bürgermeister Kemnah  
Fachbereichsleiter Bruns  
Umweltbeauftragter Koch  
Verwaltungsfachangestellter Litfin, zugl. Protokollführer

Ausschussvorsitzender Eckardt begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass diese wie folgt genehmigt wird.

### **Tagesordnung:**

1. Genehmigung der Niederschrift-Nr. 18/2011 über die Sitzung am 26.05.2011 (öffentl. Teil)
2. Bericht über wichtige Angelegenheiten

3. Geplante Verlegung der Bushaltestelle „Lange Straße“, OS Borsum in die Straße „Am Hohen Turm“  
hier: Vorstellung der Planung durch die Verwaltung
4. Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Brücke 391 im Zuge der L 467;  
hier: Vorstellung der gemeindlichen Stellungnahme an die Planungsbehörde
5. Umbau der Einmündung K201/B494;  
hier: Sachstandsmitteilung und weitere Verfahrensweise
6. Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts – Interkommunale Kooperation bei der Energieversorgung; Höhe der Konzessionsabgabe  
hier: Sachstandsmitteilung der Verwaltung
7. Überblick über die laufenden/abgeschlossenen Maßnahmen des Haushaltes 2011
8. Anfragen und Anregungen

### **Ergebnis der Beratung:**

#### **Zu TOP 1:**

**Genehmigung der Niederschrift-Nr. 18/2011 über die Sitzung am 26.05.2011 (öffentl. Teil)**

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift-Nr. 18/2011 über die Sitzung vom 26.05.2011 (öffentl. Teil) wird in der vorliegenden Form und Fassung genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

#### **Zu TOP 2:**

##### **Bericht über wichtige Angelegenheiten**

###### 2.1

Fachbereichsleiter Bruns informiert den Ausschuss darüber, dass die beantragte Verlängerung des Planungszeitraumes für den Dorferneuerungsplan im Rahmen der Dorferneuerung Borsum gewährt wurde. Der Plan ist nunmehr bis zum 30.06.2012 vorzulegen.

###### 2.2

Bezüglich des Dorferneuerungsprogramms teilt Fachbereichsleiter Bruns mit, dass die GAK-Mittel stark eingeschränkt wurden und daher, laut Aussage der GLL, im Jahr 2011 keine Förderung für private Maßnahmen möglich sei.

Ratsherr Stuke teilt dazu mit, dass er bezüglich der Einsparungen im Rahmen der Dorferneuerung für private Maßnahmen Herrn Staatsminister von Klaeden und weitere Abgeordnete gebeten hat, ihre Entscheidung zu revidieren und Mittel zur Förderung für privaten Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung zur Verfügung zu stellen.

### 2.3

Zur KWL-Ausschreibung über die Stromversorgung erläutert Fachbereichsleiter Bruns, dass für die hiesige Versorgung die Eon-Avacon das günstigste Los abgegeben hat. Der Strompreis steigert sich demnach um 3,3 %. Dies bedeutet für die Gemeinde Harsum Mehrkosten pro Jahr von ca. 3.500,00 €. Bei der Straßenbeleuchtung wird der Strom allerdings 17 % teurer. Dies bedeutet Mehrausgaben von 14.000,00 € pro Jahr für die Gemeinde Harsum. Da jedoch Teile der Straßenbeleuchtung umgerüstet wurde, wird die energetische Einsparung diesen Mehraufwand aufzehren.

### 2.4

Fachbereichsleiter Bruns teilt mit, dass bezüglich des Raumordnungsverfahrens für die 380 KV-Hochspannungsleitung die zweite Trassenvariante ausgewählt worden ist. Hiervon sind im Landkreis Hildesheim die Gemeinden Söhlde, Holle, Bockenem, Bad Salzdetfurth, Lamspringe und Freden (Leine) betroffen.

### 2.5

Fachbereichsleiter Bruns teilt mit, dass die geplanten Umbaumaßnahmen der Kläranlage Harsum aufgesplittet werden mussten, da eventuell doch eine Förderung für den Einbau des Bio-P-Beckens möglich sei. Der Verwaltungsausschuss wird in seiner Sitzung am 29.08.2011 über die Auftragsvergabe bezüglich der Beckenkronenabdichtung beraten.

### 2.6

Fachbereichsleiter Bruns informiert den Ausschuss darüber, dass für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Borsum die Auftragsvergabe für die Maurerarbeiten per Umlaufbeschluss beschlossen wurde. Den Zuschlag erhielt die Firma Schickerling, welche bereits mit den Arbeiten sehr weit vorangeschritten sind, so dass in Kürze das Richtfest erfolgen wird.

## **Zu TOP 3:**

### **Geplante Verlegung der Bushaltestelle „Lange Straße“, OS Borsum in die Straße „Am Hohen Turm“**

#### **hier: Vorstellung der Planung durch die Verwaltung**

Fachbereichsleiter Bruns berichtet, dass Haushaltsmittel für die Maßnahme angemeldet sind und alle Absprachen mit dem Landkreis Hildesheim und dem Regionalverkehr Hildesheim getroffen worden sind. Der Landkreis würde eine Verlegung der Bushaltestelle mit tragen und auch Fördermittel geben. Für die Bushaltestelle an der Straße „Am Hohen Turm“ sei eine 10 m lange und 3,50 m breite Fläche auf der gegenüberliegenden Straßenseite der bereits vorhandenen Bushaltestelle vorgesehen. Der Bereich solle gepflastert und darauf das neue Wartehäuschen errichtet werden. Dieses Wartehäuschen sei eigentlich für den alten

Standort an der Kirche bestimmt gewesen. Die 10 m lange Bordanlage würde zudem 20 cm hoch angelegt werden, um den Buseinstieg zu erleichtern. Die Kosten für den Abriss und die Neubeschaffung des Buswartehäuschens würden rund 6.000,00 € betragen. Diese Mittel würden demnach auch am alten Standort an der Kirche entstehen. Allerdings würden sich die neu erforderlichen Pflasterarbeiten auf rund 3.000,00 € belaufen. Die Abrissarbeiten und die Neubeschaffung werden vom Landkreis mit 75 % bezuschusst, die Pflasterarbeiten nur mit 50 %. Demnach müsste nach Abzug der Fördergelder des Landkreises die Gemeinde noch ca. 1.500,00 € aufbringen.

Ratsherr Stuke erklärt, dass die Anregung zur Verlegung der Bushaltestelle aus dem Arbeitskreis Dorferneuerung Borsum von der Planerin, Frau Weber-Hupp, erfolgte. Der Ortsrat Borsum hat der Verlegung bei einer NEIN-Stimme zugestimmt. Ratsherr Stuke empfindet die Mehrkosten als verhältnismäßig und vertretbar und stellt den Antrag, dass der Ausschuss eine positive Empfehlung abgeben soll.

Ratsherr Konrad Steinmann führt an, dass es sich hierbei um keine Maßnahme des Dorferneuerungsprogramms handelt und der Ortsrat, welcher die Maßnahme befürwortet, die Mehrkosten aus eigenen Mitteln bezuschussen sollte. Dazu ergänzt Ratsherr Stuke, dass der Ortsrat bereits beschlossen hat, 750,00 € als Zuschuss zu zahlen.

Ratsherr Konrad Steinmann erfragt, ob die 750,00 € Zuschuss bereits in der vorgestellten Kalkulation von Fachbereichsleiter Bruns enthalten waren. Dieses wird von Fachbereichsleiter Bruns bejaht.

Ratsherr Friedrich Steinmann führt an, dass das Trafohäuschen sowieso am alten Standort vor der Kirche stehen bleibt und deshalb eine optische Aufwertung des Standortes nicht gänzlich erfolgreich ausführbar sei. Bereits der Austausch der Bushaltestelle an diesem Standort würde den Platz optisch aufwerten. Dadurch wäre das Maximum erreicht.

Ratsherr Ulrich Gentemann führt an, dass sich nach der Wahl der neue Ortsrat und der neue Gemeinderat mit diesem Thema erneut befassen sollten.

Ausschussvorsitzender Eckardt bittet über den Antrag von Ratsherrn Stuke über die Verlegung der Bushaltestelle abzustimmen.

**Beschlussempfehlung :**

Die Bushaltestelle wird von der „Lange Straße“ in die Straße „Am Hohen Turm“ verlegt.

**Abstimmungsergebnis:** 2 JA-Stimmen  
5 NEIN-Stimmen

#### **Zu TOP 4:**

##### **Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Brücke 391 im Zuge der L 467; hier: Vorstellung der gemeindlichen Stellungnahme an die Planungsbehörde**

Umweltbeauftragter Koch erläutert ausführlich und anschaulich mit Hilfe einer Präsentation die für die Gemeinde erarbeitete Stellungnahme zum vorgenannten Thema. Die Stellungnahme wurde termingerecht an die Wasser- und Schifffahrtsgesellschaft des Nordmeeres versandt und ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ratsherr Stuke erfragt, ob der finanzielle Aufwand für die in der Stellungnahme genannten Veränderungsvorschläge bekannt sei. Dazu erklärt Umweltbeauftragter Koch, dass dieses nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde falle, die Gesamtkosten aber deutlich senken würde.

Ratsherr Peche erfragt, welche Konsequenz die Stellungnahme der Gemeinde bei der zuständigen Behörde hat.

Umweltbeauftragter Koch erklärt dazu, dass die Wasser- und Schifffahrtsgesellschaft des Nordmeeres ihre eigene Planfeststellungsbehörde ist und die Stellungnahme deshalb so umfangreich erarbeitet wurde, damit die WSD jedes Einzelargument im Rahmen des Verfahrens ausführlich und begründet abarbeiten muss. Jeder Punkt, der in der Stellungnahme nicht angesprochen wurde, könne später nicht mehr kritisch diskutiert werden.

Der Ausschuss bedankt sich gemeinschaftlich bei Umweltbeauftragten Koch für die Erarbeitung und Vorstellung dieser Stellungnahme.

#### **Zu TOP 5:**

##### **Umbau der Einmündung K201/B494; hier: Sachstandsmitteilung und weitere Verfahrensweise**

Fachbereichsleiter Bruns erläutert, dass die Maßnahme öffentlich ausgeschrieben wurde und die Submission am 22.06.2011 stattfand. Im Vorfeld haben fünf Firmen die Angebotsunterlagen angefordert, von denen jedoch nur zwei ein Angebot abgegeben haben.

Die vorherige Kostenschätzung der Maßnahme durch das Ingenieurbüro Richter belief sich auf 330.000,00 €. Die Ausschreibung beinhaltet die Forderungen aus dem Sicherheitsaudit und der Baugrunduntersuchung. Die Ausschreibung erzielte ein Ergebnis von 440.000,00 €.

Dies bedeutet gegenüber der Kostenschätzung Mehrkosten von rund 30 %. Demnach würde der Gemeindeanteil nicht 90.000,00 €, sondern 145.000,00 € betragen. Dies sind 55.000,00 € mehr als im Haushalt veranschlagt worden sind.

Die Kostensteigerung um 30 % spiegelt im Augenblick die Situation im Tiefbaubereich wieder. Aufgrund des Auslaufens von Konjunkturprogrammen Ende 2011 sind alle Firmen ausgelastet und zurzeit nicht auf weitere Aufträge angewiesen. Aus dieser komfortablen Auftragslage heraus würden dann solche Angebote erstellt werden.

Aufgrund dessen spricht sich die Verwaltung dafür aus, die Ausschreibung aus „schwerwiegendem Grund“ (fehlende Haushaltsmittel) aufzuheben und die Maßnahme im Winter erneut auszuschreiben.

Eine entsprechende Vorlage wird am 26.08.2011 an alle Ratsmitglieder versandt. Die Aufhebung und erneute Ausschreibung der Maßnahme ist vergaberechtlich zulässig. Bezüglich der erwarteten Kostenentwicklung über den Winter handelt es sich allerdings um eine Prognoseentscheidung.

Eine erneute Ausschreibung könnte daher durchaus das gleiche Ergebnis bringen. Eine Einsparung von 10 % (40.000,00 €) würde den Gemeindanteil bereits um 10.000,00 € senken. In jedem Fall könnten die fehlenden Mittel im Haushaltsplan für das Jahr 2012 bereitgestellt werden.

Ratsherr Konrad Steinmann befürwortet den Vorschlag der Verwaltung und ergänzt, dass die Gewerbetreibenden im Vorfeld darüber informiert werden sollten. Dazu erklärt Bürgermeister Kemnah, dass dieses bereits gemacht wurde und das Thema bereits mit Herrn Breyman von der Firma Senking erläutert wurde.

Fachberater Dr. Kaeser und Ratsherr Sander erkundigen sich danach, ob die Zuschüsse weiterhin erhalten bleiben. Dies wird von Fachbereichsleiter Bruns bejaht.

Ausschussvorsitzender Eckardt erkundigt sich nach dem Baugrundgutachten und den damit verbundenen höheren Maßnahmekosten. Dazu erklärt Fachbereichsleiter Bruns, dass der zurzeit vorhandene Graben entlang des Grundstücks der Firma Schlote zu einer Fahrspur ausgebaut werden soll und deshalb der Bodenaufbau aufwendig und teuer ist. Der Aufbau wird in der Form von der Straßenbauverwaltung gefordert – zu Abstrichen sei man hier nicht bereit.

Ausschussvorsitzender Eckardt möchte zudem wissen, ob evtl. vorhandene Altlasten bereits thematisiert wurden. Dazu erklärt Fachbereichsleiter Bruns, dass Bohrproben entnommen wurden und diese im Rahmen des Bodengutachtens eingearbeitet sind.

### **Zu TOP 6:**

#### **Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts – Interkommunale Kooperation bei der Energieversorgung; Höhe der Konzessionsabgabe hier: Sachstandsmitteilung der Verwaltung**

Ausschussvorsitzender Eckardt führt an, dass er diesen Tagesordnungspunkt aufgrund des Artikels in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung vom 08.06.2011 als Bestandteil der hiesigen Bau-, Umwelt- und Energieausschusssitzung gewünscht hat.

Er erläutert, dass nach dem Artikel ein Brief von Ratsherrn Stuke an den Bürgermeister verfasst wurde, welcher allen Ratsmitgliedern zugeleitet wurde. Zudem erklärt Ausschussvorsitzender Eckardt, dass er sich persönlich an die Kommunalaufsicht zur Überprüfung des Vorgehens der Verwaltung gewandt hat. Er erklärt, dass es viele Befürworter für die Betreibung eines Energienetzes gibt und er sich nicht ausschließt.

Er äußert seinen Frust gegenüber der Verwaltung über die aus seiner Sicht mangelhafte Information gegenüber den Ratsmitgliedern. Das Thema muss nach der Kommunalwahl noch weiter behandelt werden.

Bürgermeister Kernah gibt dem Ausschuss eine umfangreiche Stellungnahme über den zeitlichen Ablauf, die Hintergründe und die Informationspolitik ab. Die Stellungnahme ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Ratsherr Sander merkt an, dass der Vertrag ein Sonderkündigungsrecht enthalten sollte. Zudem sollten stets technische und kaufmännische Informationen des Netzes der Gemeinde mitgeteilt werden und erneuerbare Energien sollten Berücksichtigung finden.

Ratsherr Stuke teilt mit, dass seine Anfrage von Bürgermeister Kernah beantwortet wurde und daher die Angelegenheit für ihn erledigt sei.

### **Zu TOP 7:**

#### **Überblick über die laufenden/abgeschlossenen Maßnahmen des Haushaltes 2011**

Fachbereichsleiter Bruns erklärt, dass hierzu eine detaillierte Liste als Anlage dem Protokoll beigelegt wird.

### **Zu TOP 8:**

#### **Anfragen und Anregungen**

Ratsherr Stuke regt an, dass wenigstens die alte Bushaltestelle vor der Kirche schnellstmöglich ausgetauscht wird, falls der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung der Verlegung aus Kostengründen nicht zustimmt.

Ratsherr Ulrich Gentemann bedankt sich beim scheidenden Ausschussvorsitzenden Eckardt für seine Arbeit in den letzten 15 Jahren und überreicht ihm ein Präsent.

Weitere Anfragen und Anregungen liegen nicht vor.

Anschließend bedankt sich Ausschussvorsitzender Eckardt bei allen Beteiligten für die rege und konstruktive Mitarbeit, sowie für die Zusammenarbeit in letzten 15 Jahre und beendet die Sitzung.

Eckardt  
Ausschussvorsitzender

Litfin  
Protokollführer

### **Anlagen:**

- Stellungnahme an Wasser- und Schifffahrtsamt
- Stellungnahme des Bürgermeisters
- Liste über laufende/abgeschlossene Maßnahmen